

 KURSWECHSEL BEIM MITTELSTAND?

Unter Druck: Warum die Wirtschaft neu über den Umgang mit der AfD diskutiert

Während große Industrieverbände vor der AfD warnen, prüfen Teile des Mittelstands einen Kurswechsel. Eine Analyse der wirtschaftspolitischen Positionen der Alternative für Deutschland.



Sophie-Marie Schulz

25.11.2025

🔄 26.11.2025, 11:16 Uhr



Doppelsitzer der AfD: Alice Weidel und Tino Chrupalla
Kay Nietfeld/dpa

Seit Jahren senden deutsche Unternehmen Warnsignale. Hohe Energiepreise, ein lähmender Fachkräftemangel, überbordende Regulierung und politische Blockaden haben das Vertrauen vieler Betriebe erschüttert. In kaum einem anderen Industrieland ist die Stimmung derzeit so schlecht wie in Deutschland.

Investitionen werden verschoben oder gleich ganz ins Ausland verlagert, Mittelständler denken über Produktionsverlagerungen nach, globale Wettbewerber ziehen vorbei. Die Sorge, dass der Wirtschaftsstandort an Substanz verliert, ist längst vom Konjunkturbarometer zur festen Überzeugung vieler Unternehmer geworden.

Die Wirtschaftspolitik der AfD

Vor diesem Hintergrund wirkt die Entscheidung des Verbands der Familienunternehmer, seine bisherige „Brandmauer zur AfD“ aufzugeben, weniger wie ein Tabubruch und mehr

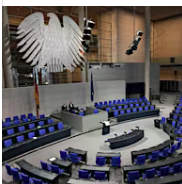
wie ein Symptom einer tieferliegenden Verunsicherung.

Damit rückt eine Frage in den Mittelpunkt, die bislang von anderen politischen Konfliktlinien überlagert wurde: Was schlägt die AfD wirtschaftspolitisch eigentlich vor und welche negativen oder positiven Folgen hätte das für Unternehmen und den Wirtschaftsstandort Deutschland?



Nach Kritik von Sahra Wagenknecht: BSW-Politiker Dorst droht mit Austritt aus Partei

Politik 25.11.2025



Neuauszählung der Bundestagswahl: Lange Pause im Wahlprüfungsausschuss wirft neue Fragen auf

Politik 25.11.2025

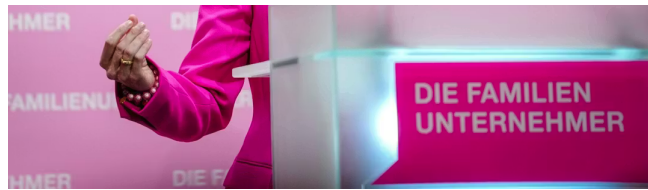


Die Entscheidung des Verbands der Familienunternehmer bleibt bislang die Ausnahme. Nahezu alle großen Branchenverbände halten an einer klaren Distanz zur AfD fest. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Verband der Chemischen Industrie (VCI), der Verband der Automobilindustrie (VDA) und der Maschinenbauverband VDMA begründen dies mit der Programmatik der Partei, die aus ihrer Sicht grundlegende Voraussetzungen des deutschen Wirtschaftsmodells infrage stellt – offene Märkte, europäische Integration und verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen.

Auch der Handelsverband Deutschland (HDE), Energieverbände wie der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) und Vertreter der Wohnungswirtschaft verweisen auf die politischen und ökonomischen Risiken, die sie mit zentralen AfD-Positionen verbinden. Die Stiftung Familienunternehmen, die in der Regel enger mit dem Mittelstand verbunden ist, sieht ebenfalls keine Basis für Austausch. Sie bewertet die AfD als wirtschaftspolitisch inkonsistent und warnt vor negativen Folgen für exportorientierte Familienbetriebe.

Mittelständische Organisationen offen für Dialogformate





Marie-Christine Ostermann, Präsidentin des Wirtschaftsverbands die Familienunternehmer, fordert einen anderen Umgang mit der AfD.

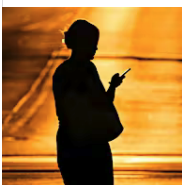
Kay Nietfeld/dpa

Gleichzeitig verweisen einige Verbände, die sich zur Öffnung äußern, auf die veränderte politische Lage. Christoph Ahlhaus, Bundesgeschäftsführer des Bundesverbands Mittelständische Wirtschaft (BVMW), sprach im Handelsblatt von einer „lebhaften Debatte“ in der Mitgliedschaft und davon, dass die bisherigen Abgrenzungsstrategien die steigenden Umfragewerte der AfD nicht verhindert hätten. Auf regionaler Ebene hat es vereinzelt bereits Kontakte gegeben; nun soll eine grundsätzliche Position erarbeitet werden.

Damit entsteht ein heterogenes Bild: Während die großen Industrieverbände die Brandmauer aufrechterhalten, weil sie wirtschaftliche wie normative Gründe dafür sehen, zeigen einzelne mittelständische Organisationen eine gewisse Offenheit für Dialogformate. Die Konfliktlinie verläuft damit weniger entlang einzelner Branchen als entlang unterschiedlicher Einschätzungen mit Blick auf die Wirtschaftsstabilität.

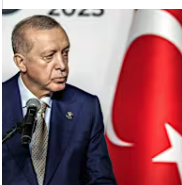
Die Spannungen zwischen den Verbänden machen deutlich: Der eigentliche Streit dreht sich weniger um Formfragen des politischen Umgangs, sondern um die inhaltliche Substanz. Denn bevor sich Unternehmen überhaupt positionieren können, stellt sich eine grundsätzliche Frage: Wofür steht die AfD wirtschaftspolitisch?

Ein zentrales Element der AfD-Programmatik ist die Forderung, Deutschland perspektivisch aus der Europäischen Union und dem Euro zu führen. Im Europawahlprogramm 2024 beschreibt die Partei die EU explizit als „Fehlkonstruktion“ und lehnt eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik ab.



+ Zensur im Netz: Wie das Internet zur „Westlichen Wertewelt“ umgebaut wird

Politik 24.11.2025



+ Türkei und der Nahe Osten: Erdogans Einfluss in Syrien geringer als erwartet

Zudem setzt die Alternative für Deutschland auf eine Rückkehr zu nationalstaatlicher Souveränität in allen Wirtschaftsfragen, einschließlich Grenzkontrollen und des Aufbaus bilateraler Handelsbeziehungen. Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft wäre ein solcher Schritt weitreichend.

Über 40 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung hängen direkt oder indirekt am Außenhandel, ein großer Teil davon am Handel innerhalb der EU. Strukturen wie Zollfreiheit, gemeinsame Produktstandards oder der Euro als gemeinsame Währung bilden die zentrale Geschäftsbasis für Industrie und Mittelstand. Ein EU-Austritt würde diese Grundlagen auflösen.

Konsequent nationale Linie

In der Steuerpolitik positioniert sich die AfD marktwirtschaftlich-liberal. Sie fordert deutliche Senkungen von Einkommen- und Unternehmenssteuern, die Abschaffung der Erbschaftsteuer, eine grundlegende Vereinfachung des Steuerrechts und die Reduzierung staatlicher Investitions- und Förderprogramme.

Finanziert werden sollen diese Entlastungen durch Einsparungen im Sozialetat und eine deutliche Begrenzung staatlicher Aufgaben. Mehrkosten durch Steuerreformen werden aber häufig nicht ausgewiesen oder bleiben in Umfang und Wirkung unkonkret.



In der Arbeitsmarktpolitik setzt die AfD auf eine stärkere Aktivierung der inländischen Bevölkerung und die Kürzung bestimmter Sozialleistungen.

Patrick Pleul/dpa

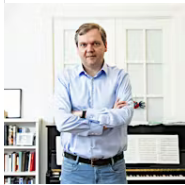
Im Arbeitsmarkt und bei der Fachkräftezuwanderung verfolgt die AfD ebenfalls eine konsequent nationale Linie. Sie lehnt eine gesteuerte Fachkräftezuwanderung weitgehend ab und fordert umfassende Grenzkontrollen sowie eine deutliche Reduzierung von Zuwanderung insgesamt.

In der Arbeitsmarktpolitik setzt sie auf eine stärkere Aktivierung der inländischen Bevölkerung und die Kürzung bestimmter Sozialleistungen. Für zahlreiche Branchen, die heute in hohem Maße auf internationale Arbeitskräfte angewiesen sind, würde dies eine fundamentale Veränderung bedeuten, mahnen Kritiker.



Der blinde Fleck der deutschen Wirtschaft: Ost-Betriebe bangen um ihre Zukunft und zeigen trotzdem Kampfgeist

Wirtschaft 24.11.2025



Michael Andrick auf Schloss Ettersburg: Kolumnist der Berliner Zeitung diskutiert mit Peter Krause

Kultur 24.11.2025



Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der AfD werden von Forschungsinstituten, Branchenverbänden und Ökonomen überwiegend als riskant für einen exportorientierten Standort wie Deutschland eingeschätzt. Besonders der in Programmen formulierte Ausstieg aus EU und Euro gilt als zentraler Konfliktpunkt.

Studien, etwa des IW Köln und des DIW, kommen zu dem Ergebnis, dass ein solcher Schritt den Zugang zum Binnenmarkt erschweren, Lieferketten stören und zu spürbaren Einbußen bei Produktion und Beschäftigung führen würde. Exportindustrien wie Automobilbau, Maschinenbau und Chemie wären davon besonders betroffen.

In der Steuer- und Finanzpolitik fordert die AfD zwar Entlastungen, bleibt bei deren Finanzierung jedoch häufig unklar. Fachleute verweisen darauf, dass die vorgeschlagenen Umfänge ohne erhebliche Einschnitte oder steigende Schulden kaum umsetzbar wären.

Drei Faktoren sind entscheidend

Besonders kritisch sehen viele Ökonomen und Verbände die migrationspolitische Linie der Partei. Da der Fachkräftemangel ein zentraler Standortfaktor geworden ist, würde eine deutliche Begrenzung von Zuwanderung die Lage vieler Unternehmen weiter verschärfen.

In der Summe kommen die meisten wirtschaftspolitischen Einschätzungen zu dem Ergebnis, dass einzelne AfD-Forderungen zwar Anknüpfungspunkte bieten, die Gesamtstrategie der Partei jedoch die Grundlagen des heutigen Wirtschaftsmodells infrage stellt. Entsprechend halten die großen Industrie- und Branchenverbände ihre klare Distanz

aufrecht.

Und trotz der überwiegend kritischen Einschätzungen zur AfD-Programmatik wächst in Teilen des Mittelstands die Bereitschaft, den bisherigen Umgang mit der Partei erneut zu prüfen. Dafür lassen sich im Wesentlichen drei Faktoren ausmachen.



Fabrikarbeiter im Bereich der Metallindustrieunternehmen

Unai Huizi/imageno

Viele kleine und mittlere Unternehmen stehen nicht nur unter Druck, sondern kurz vor dem Aus. Gleichzeitig ist die AfD in vielen Regionen längst ein relevanter politischer Akteur, dem Unternehmen auf kommunaler Ebene ohnehin begegnen – eine Zusammenarbeit erscheint damit unausweichlich.

Vor diesem Hintergrund verstehen einige Verbände eine kontrollierte Öffnung weniger als politische Annäherung, sondern als pragmatische Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen. Andere warnen hingegen, dass ein solcher Schritt die Grenze zwischen fachlichem Austausch und politischer Normalisierung verwischen könnte.

Austausch unvermeidlich oder strategisch notwendig

Für Unternehmen ergibt sich daraus eine praktische Konsequenz: Die Frage des Umgangs mit der AfD lässt sich nicht pauschal beantworten, sondern hängt von Branche, Region, Kundenstruktur und internationaler Einbindung ab.

In exportorientierten Industrien überwiegen klare Ablehnungen, während lokal verankerte Betriebe stärker mit der Frage konfrontiert sind, ob Austausch unvermeidlich oder strategisch nötig ist.

Damit markiert die aktuelle Diskussion weniger eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik als eine Momentaufnahme eines Standortes im Umbruch – zwischen ökonomischem Druck, politischer Unsicherheit und der Suche nach stabilen Rahmenbedingungen, die über einzelne Wahlzyklen hinaus Bestand haben.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.